



**Geschäftsführung
Unterausschuss Kulturbauten**

Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 22443

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 28.07.2017

Niederschrift

über die **3. Sondersitzung des Unterausschusses Kulturbauten (10. Sitzung insgesamt)** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 07.11.2016, 13:00 Uhr bis 13:58 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	in Vertretung für RM Sterck
Herr Andreas Pöttgen	SPD	in Vertretung für RM Dr. Bürgermeister

Verwaltung

Herr Klaus Kröhne	Bühnen der Stadt Köln
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dezernat Kunst und Kultur
Herr Michael Lohaus	Dezernat Kunst und Kultur
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Herr Patrick Wasserbauer	Bühnen der Stadt Köln

Schriftführerin

Frau Simone Weber	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
-------------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Herr Ralph Sterck	FDP

Verwaltung

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr

Vorsitzender Prof. Schäfer eröffnet die 3. Sondersitzung des Unterausschusses Kulturbauten (10. Sitzung insgesamt) und begrüßt die Anwesenden. Der Vorsitzende bittet den Technischen Betriebsleiter der Bühnen, Herrn Streitberger, auch kurz auf den Statusbericht September, welcher heute bewusst nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde, einzugehen, um ein besseres Verständnis für die zur Beratung stehende Beschlussvorlage unter TOP 1.1 zu erhalten.

Der Unterausschuss Kulturbauten beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

- 1.1 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Erweiterung der Verpflichtungs-
ermächtigungen
3218/2016

I. Öffentlicher Teil

1 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

1.1 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Erweiterung der Verpflichtungsermächtigungen 3218/2016

Der Technische Betriebsleiter der Bühnen, Herr Streitberger, gibt zunächst einen kurzen aktuellen Sachstandsbericht zur Sanierung der Bühnen.

Hiernach erläutert Herr Streitberger die Hintergründe für die notwendige Budgeterhöhung gemäß Vorlage mündlich.

Im Anschluss werden Nachfragen gestellt und beantwortet.

RM Stahlhofen erachtet die angeführten Kosten bzw. Auszahlungen aus Verpflichtungen zum Teil als zu unpräzise dargestellt. Insbesondere zu den Faktoren TA-Planer, Projektüberwachung, Hochbau, Ausschreibungsvolumen vermisste sie konkrete Angaben. Verwundert zeigt sie sich des Weiteren über die Tatsache, dass bei den haushaltsmäßigen Auswirkungen lediglich allgemein auf den Betriebskostenzuschuss verwiesen werde. Dieser Betriebskostenzuschuss habe jedoch Auswirkungen auf den städtischen Haushalt und es sei differenziert darzustellen, wo und in welcher Höhe er eingestellt und wo das Geld hierfür hergenommen werde.

RM Pöttgen bittet um Erläuterung, warum mit heutiger Beschlussvorlage das Volumen auf 404 Mio. € hochgesetzt werde, wenn doch erst im Juni des nächsten Jahres gesagt werden könne, wofür das Geld konkret benötigt wird.

Vorsitzender Prof. Schäfer bittet darum, näher auf die Themen Versicherungen bzw. Schadensersatzleistungen und die Budgetober- bzw. Untergrenze einzugehen. Das der Vorlage beigefügte Organigramm aufgreifend stellt der Vorsitzende fest, dass es zeichnerisch keine Verbindung der Dezernate I-VI zu den Bühnen gibt; vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob das Baudezernat komplett aus der Struktur herausgenommen wurde.

Der Geschäftsführende Direktor der Bühnen, Herr Wasserbauer, und der Technische Betriebsleiter der Bühnen, Herr Streitberger, gehen auf die gestellten Fragen ein.

Dabei wird erläutert, dass die Baukosten über Zwischenkredite und Schuldscheindarlehen finanziert werden. Ab dem Zeitpunkt der Gebäudeübernahme würden Abschreibungen und Zinsen über den Wirtschaftsplan eingestellt. Die Investition finde nicht im Haushalt der Stadt Köln statt, sondern im Eigenbetrieb. Der Rat werde mit der zur Diskussion stehenden Beschlussvorlage darum gebeten, Verpflichtungsermächtigungen und nicht das tatsächliche Geld freizugeben.

Das meiste Geld, welches ausgegeben werde, fließe in Ausgaben für Personal, Beratung (Projektsteuerung, Rechtsanwälte, interimistische Bauleitung etc.) und zum Teil auch für Bauleistungen, erläutert Herr Streitberger. Bereits zum Zeitpunkt einer öffentlichen Ausschreibung werde eine Verpflichtung eingegangen. Hierbei sei festzustellen, dass die Verpflichtungen gegen das Budget laufen. Es gehe nun darum, weiter handlungsfähig zu bleiben. Das Geld hingegen werde erst dann „besorgt“, wenn es benötigt wird.

Die dargelegten 404-460 Mio. € stellten das derzeit hoch kalkulierte Volumen dar. Bei Vertragsabschluss mit dem neuen TA-Planer habe die Verwaltung mit 18 Monaten und der TA-Planer mit 24 Monaten kalkuliert; vertraglich sei dann ein Zeitraum von 21 Monaten zugrunde gelegt worden bei gleichzeitiger Verabredung, im Juni 2017 eine Vereinbarung darüber zu erzielen, wie lange es tatsächlich dauern werde.

Neben diesem Risiko wird auf ein weiteres großes Risiko hingewiesen, welches in der Unsicherheit in Bezug auf die Weiterentwicklung der TA-Gewerke liegt.

Die Frage des Vorsitzenden nach den Schadensersatzforderungen aufgreifend, stellt Herr Streitberger dar, dass die Bühnen anwaltlich gut vertreten seien und dass um die Durchsetzung entsprechender Ansprüche gekämpft werde.

Hinsichtlich des Organigramms verweist der Technische Betriebsleiter auf die Eigenverantwortlichkeit der Bühnen als Eigenbetrieb im Geschäftsbereich der Kulturdezernentin; das Baudezernat sei durch Auslaufen des Vertrages mit der Gebäudewirtschaft bzw. aufgrund der beschlossenen Satzungsänderung formal nicht mehr projektbeteiligt.

Unter Verweis auf den Ratsbeschluss vom 15.03.2016 RM bittet RM von Bülow um Klarstellung, ob die dortigen Festlegungen hinsichtlich eines Berichtes über die eingegangenen Verpflichtungen im Betriebsausschuss Bühnen noch aktuell oder durch die hiesige Beschlussvorlage obsolet seien. In diesem Zusammenhang merkt RM von Bülow an, dass sie das frühere Berichtswesen – monatliche Vorlage von Sachstandsberichten und nicht nur zu den Gremiensitzungen – als zielführender erachte.

Auch RM Dr. Elster plädiert für eine monatliche Berichterstattung. Im Übrigen sei die Vorlage aus seiner Sicht schlüssig, seine Fraktion werde Zustimmung erteilen. Zu diskutieren sei noch das Thema der Verzögerung von zwei Monaten in Bezug auf die Information zu Fertigstellungstermin und mutmaßlichen Kosten. Der lange Zeitraum von insgesamt acht Monaten sollte durch kontinuierliche Information über Erkenntnisgewinne gegenüber den politischen Gremien oder zumindest im Rahmen der Sprecherrunden überbrückt werden.

Auch RM Breite spricht sich für die Vorlage des monatlichen Sachstandsberichtes unabhängig vom Sitzungsturnus aus und verdeutlicht die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage.

RM Stahlhofen merkt an, dass die nun bei den Bühnen gegebene und auch erforderliche Teamgröße bislang Frau Rinnenburger stets verwehrt worden sei.

Vorsitzender Prof. Schäfer äußert die Bitte an die Bühnen, die Frage des Versandes von Monatsberichten im Sinne des fraktionsübergreifenden Wunsches nach einer monatlichen Übersendung zu klären.

RM Dr. Elster weist in aller Deutlichkeit darauf hin, dass die ursächliche Verantwortung für das Chaos am Offenbachplatz nicht bei der Gebäudewirtschaft gelegen habe, sondern mutmaßlich beim gekündigten TA-Planer.

Eingehend auf die Frage der Frau von Bülow führt Herr Streitberger aus, dass das seinerzeit im März 2016 beschlossene Verfahren in gewisser Weise durch die hiesige Vorlage ausgesetzt werde, da die Intention der aktuell zu beschließenden Verpflichtungsermächtigung darin liege, selbstständige wirtschaftliche Entscheidungen im Sinne der Stadt Köln treffen zu können. Herr Streitberger sichert zu, mit diesem Vertrauensvorschuss sorgfältig umzugehen und transparent zu informieren. Die jeweiligen Entscheidungen würden daher nicht einzeln vorgelegt, sondern über das Budget bzw. über die Monatsberichte abgebildet.

Beschluss:

Die Unterausschuss Kulturbauten verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

gez. Prof. Klaus Schäfer
(Vorsitzender)

gez. Simone Weber
(Schriftführerin)